

Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

Band: 98 (1991)

Heft: 11

Artikel: Schweiz : quo vadis?

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-679642>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Techtextil-Symposium

Vom 2. bis 4. Juni 1992 wird in Frankfurt das IV. Internationale Techtextil-Symposium stattfinden. Die Veranstaltung hat sich innerhalb der letzten drei Jahre zum bedeutensten Kongress dieser Art für technische Textilien und textilarmierte Werkstoffe entwickelt.

Ziel des Symposiums ist, neue Entwicklungen und neue Ideen sichtbar zu machen. Zugleich soll der Kontakt zwischen Forschung, Industrie und Anwendern intensiviert werden.

Das IV. Internationale Techtextil-Symposium umfasst im einzelnen folgende Vortrags-Blöcke:

1. Technische Textilien – Markttendenzen und Zukunftschancen
2. Neue Textilien – neue Technologien
3. Vliesstoffe: Neue Perspektiven für Verbundprodukte
4. Umweltgerechte Textilien – Aufgaben und Möglichkeiten.

Block 1 befasst sich primär mit Marketingfragen. Block 2 ist vor allem auf die Textil- und die anwendende Industrie ausgerichtet. Hier wird über neue Fasern, Herstellungs- und Veredlungsverfahren berichtet. Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei Verbundtextilien und textilarmierten Kunststoffen. Block 3 wurde neu in das Programm aufgenommen, um dem stark gewachsenen Interesse an technischen Vliesstoffen zu entsprechen. Der gleichfalls neue Block 4 befasst sich mit dem hochaktuellen Thema «Konstruktion umweltgerechter Textilien-Recycling-Entsorgung». Im Rahmen dieses Komplexes sollen zugleich neue Problemlösungs-Angebote vorgestellt werden.

Messe Frankfurt ■

Schweiz – quo vadis?

Anlässlich der 121. Delegiertenversammlung des Schweizerischen Handels- und Industrievereins SHIV, besser bekannt unter dem Namen «Vorort», hielt Dr. Fritz Leutwiler ein vielbeachtetes Referat. Vor versammelter Prominenz aus Politik und Wirtschaft machte sich der Präsident des Verwaltungsrates der BBC und ehemalige Chef der Schweiz. Nationalbank laut Gedanken über die Zukunft der Schweiz.

Sein Referat ist bedingt durch den Umfang gekürzt worden, die Zwischenstitel von der Redaktion gesetzt.

Meine Damen und Herren,

Die Schweiz ist in ihrem heutigen Zustand mit einem alternden, etwas träge und selbstzufrieden gewordenen Konzern zu vergleichen, in welchem jedermann spürt, dass vieles nicht mehr stimmt, aber die Leitung sich nicht aufrappen kann, zu handeln.

Denn wie ein Unternehmen, das sich nach Jahren guten Geschäftsverlaufes einen Ruck geben muss, das sich dem Wandel der Märkte anpassen, reorganisieren und restrukturieren muss, sollte die Schweiz sich verändern, um längerfristig auf Erfolgskurs zu gehen.

Die Notwendigkeit der Veränderung ist hierzulande weit herum erkannt; über die Richtung gehen die Auffassungen auseinander, und meine eigene Meinung ist nur eine unter vielen. Immerhin stehe ich wohl nicht allein mit der Feststellung, dass von dem notwendigen Ruck noch wenig oder nichts zu spüren ist. Wir sind immer noch mitten in der Auseinandersetzung darüber, ob es a) einen Ruck überhaupt braucht, b) wenn ja, einen grossen oder nur einen kleinen, und c) wie ein Konsens über Ausmass und Stossrichtung dieses Rukkes möglich wäre.

fender Transformation befindet und dank der modernen Kommunikationsmittel über diese Veränderungen laufend informiert wird.

Eine der grossen Veränderungen besteht in der Tatsache, dass der kalte Krieg zu Ende ist – mindestens dieser kalte Krieg – und zwar wohl unwiderstehlich, wie die jüngsten Ereignisse in der Sowjetunion gezeigt haben. Das hat seine Konsequenzen auch bei uns. Der Verlust des traditionellen Feindes hinterlässt eine Leere. Wir hätten Zeit, mehr über uns und unsere eigenen Fehler nachzudenken, aber das ist wohl unsere Stärke nicht.

Auch die sozialistische Kommandowirtschaft war Bestandteil dieses Feindbildes. Sie ist zusammengebrochen, was uns mit Genugtuung erfüllen darf, gleichzeitig aber auch zur Frage Anlass geben sollte, ob wir mit unserem Wirtschaftssystem richtig liegen und mit unserer Wirtschaftspolitik auf dem richtigen Weg sind. Den nun befreiten Ländern Osteuropas den sofortigen Übergang zur reinen Marktwirtschaft zu empfehlen, während wir – nicht nur wir Schweizer – fortgesetzt gegen Geist und Lehre dieser Marktwirtschaft verstoßen, scheint mir anmassend und fahrlässig.

Nicht europäfähig?

Vorderhand aber sind wir durch unsere eidgenössische Nabelschau voll absorbiert. Die Themen EG und EWR sind zwar in aller Leute Mund, aber doch vornehmlich unter dem Aspekt unseres Eigeninteresses. Sollen wir, müssen wir in irgendeiner Form mitmachen?

Mehr Führung

Wir lehnen Führer ab, aber etwas mehr Führung wäre in diesem Modelland der direkten Demokratie doch wünschbar und nötig. Das um so mehr, als sich die Welt in einer Phase rascher und tiefgrei-

Meine Damen und Herren, seien Sie nicht beleidigt, wenn ich hier vor der Crème de la crème der schweizerischen Wirtschaft die Behauptung aufstelle, dass was Sie – hier – derzeit über Beitritt oder Nichtbeitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft, über Annahme oder Nichtannahme des EWR-Vertrages denken, gar nicht so wichtig ist wie das, was die Mehrheit der Schweizer oder besser gesagt: eine Mehrheit der ihr Stimmrecht ausübenden Minderheit der Schweizer denkt und mit dem Stimmzettel kundtut. Ich behaupte ferner, dass eine sicher relative, wahrscheinlich aber absolute Mehrheit der Schweizer heute nicht «europawillig» ist, und zwar aus verschiedenen Gründen, die einzeln, vor allem aber in Kumulation die Prognose eines deutlich aus heutiger Sicht ablehnenden Volksentscheids zum EWR nahelegen. Gleiches gilt für den Fall eines eidgenössischen Urnengangs über einen EG-Beitritt.

Gründe für eine Ablehnung

Einen ersten Grund sehe ich darin, dass es uns (noch) zu gut geht. Wohlstand stellt nicht das geeignete Klima für Veränderungen dar; diese werden in der Regel erst unter innerem oder äusserem Druck vorgenommen. Und wenn es zutrifft, was Wissenschaftler nachzuweisen sich bemühen, dass unsere Wohlstandseinbussen sich bei einem «Alleingang», oder wie wir den zukünftigen Weg der Schweiz auch immer benennen wollen, in Grenzen halten dürften, ist zu befürchten, dass dieser Druck zu Veränderungen auch noch einige Zeit auf sich warten lässt.

Zur abwartenden Haltung des Stimmbürgers in der Europafrage trägt zudem bei, dass er schlecht informiert ist und widersprüchliche Signale aus Bern erhält. Unsere Behörden haben diesbezüglich einiges versäumt und sind ihrer Führungsaufgabe nicht nachgekommen. Gewiss, die Vertragswerke sind komplex und mit vielen Detailregelungen versehen, aber es wäre nach meinem Dafürhalten kein aussichts-

loses Unterfangen, dem Bürger in allgemein-verständlicher Sprache mitzuteilen, welche Vor- und Nachteile, politisch und wirtschaftlich, beispielsweise ein EWR-Vertrag beim gegenwärtigen Verhandlungsstand für unser Land mit sich bringen würde.

Hinzu kommt ein dritter Grund, der wohl am stärksten ins Gewicht fällt. Die meisten Schweizer haben eine sehr undeutliche Vorstellung darüber, was uns die Annahme des EWR-Vertrages und letztlich ein Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft kostet – und mit den Kosten meine ich natürlich nicht den Betrag, den der schweizerische Finanzminister kürzlich so präzis vorzurechnen in der Lage war. Ich meine den politischen Preis, den wir gegebenfalls auf den Altar Europas legen müssten. Wäre es nicht an der Zeit, dass uns der Bundesrat darüber informiert, welche gesetzgeberischen Aufgaben noch harren, sei es unter dem äusseren Zwang zur Anpassung, sei es, weil der Bundesrat aus eigenem Antrieb Gesetze und Verordnungen für revisionsbedürftig hält?

Dass wir für die Eingliederung der Schweiz in Europa einen politischen Preis zu bezahlen haben, liegt auch ohne eine solche Orientierung auf der Hand. Die Kosten-Nutzen-Rechnung mag individuell unterschiedlich aussehen, aber ich nehme an, dass eine Mehrheit der schweizerischen Stimmünger im Hinblick auf Europa dafür gewonnen werden könnte, gewisse Abstriche an politischen Rechten von denen ohnehin nicht alle Gebrauch machen – oder etwa an unserem Neutralitätsbe- griff in Kauf zu nehmen.

Das Risiko eines Abstimmungsdebakels zum Thema EWR sollte unter keinen Umständen eingegangen werden; es wäre wesentlich folgenschwerer als die seinerzeitige deutliche Verwerfung des UNO-Beitritts. Nicht nur würde es auf längere Zeit hinaus schwierig, wenn nicht unmöglich sein, in unserem Land eine konstruktive Europadiskussion zu führen, sondern es wäre auch kaum auszumachen, welches die wirklichen Gründe für die Verwerfung des EWR-Vertrages waren, ob der EWR über-

haupt oder nur der konkret vorliegende Vertrag auf Ungnade gestossen ist und wie weit sich in der Negation auch ein allgemeines Misstrauen gegenüber einer Einbindung der Schweiz in die Europäische Gemeinschaft widerspiegelt.

Ausweg aus der Sackgasse

Aus dieser Sackgasse einen Ausweg zu finden, braucht Staatskunst und Überzeugungskraft, die hierzulande Mangelware sind.

Der Akzent einer neuen Initiative mit der Stossrichtung «EWR light» sollte – mindestens vorerst – auf den Wirtschaftsproblemen liegen, nachdem uns vor allem der institutionelle Teil des EWR-Vertrags Kopfschmerzen bereitet. Unsere Bestrebungen, den unbeschränkten Zugang zum EG-Markt zu erlangen, könnten damit fortgesetzt werden. Dass die Schweiz in dieser Richtung voranginge, liesse sich nicht zuletzt damit rechtfertigen, dass unsere Regierung in der Transitfrage keinen Spielraum für weitere Konzessionen mehr hat.

Ich glaube nicht, dass wir mit einem Verhandlungsabbruch unsere EFTA-Partner vor den Kopf stossen würden, und ich könnte mir vorstellen, dass auch Brüssel darüber nicht allzu unglücklich wäre. Denn an Problemen im eigenen Haus fehlt es der Europäischen Gemeinschaft wahrlich nicht. Sie muss ihre Strukturen überprüfen und anpassen, und sie wird um die Beantwortung der Frage nicht herumkommen, ob ihre ambitionären monetären und politischen Zielsetzungen in einem grösseren Verband noch realistisch sind. Sie sind es wohl schon für die recht heterogene Gruppe der Zwölf nicht, sicher aber nicht für eine EG, die in zehn, fünfzehn Jahren um die zwanzig Mitglieder umfassen könnte, wenn wirklich das Ziel einer gesamteuropäischen Wirtschaftsintegration angestrebt wird. Währungsunion und politische Union können nur in kleineren Ländergruppen, gewissermassen im harten Kern der EG, verwirklicht wer-

den. Andere, weniger weitgehende Zielsetzungen würden von allen oder einer grösseren Zahl von Mitgliedsländern verfolgt. Die Klammer, die die gesamte, stark vergrösserte EG umfassen würde, wäre der europäische Binnenmarkt, keine protektionistische Festung, sondern ein wahrhaft weltoffener, liberaler Handelspolitik verpflichtender Markt, womit die Gefahr einer Beeinträchtigung der europäisch-amerikanischen Beziehungen gebannt und dem Geist und Buchstaben des GATT nachgelebt würde.

Föderalistische EG

Eine Ausweitung der Europäischen Gemeinschaft, die meines Erachtens zwangsläufig ist, wird ohne Verstärkung des föderalistischen Elements nicht erfolgen können. Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums hat schliesslich jedermann deutlich vor Augen geführt, dass riesige, wenig homogene Völkergemeinschaften mit unterschiedlichen Sprachen und Kulturen und ausgeprägtem Nationalstolz nicht einmal als Partei und Militärdiktatur zu führen sind. Selbst der französische Staatspräsident, gewiss keinen föderalistischen Neigungen verdächtig, hat von der Idee einer Europäischen Föderation gesprochen. Erinnerungen an de Gaulles Vision von einem «Europe des patries» werden dabei wach. Warum müssen solche Ideen aus Frankreich kommen, warum nicht aus der Schweiz? Wir sind, trotz allen internen Querelen, noch immer ein Land, dessen Stimme gehört wird, zumal wir aus reicher, positiver Erfahrung schöpfen können.

In einer solchen Europäischen Gemeinschaft hätte die Schweiz selbstverständlich ihren Platz, nicht als Sonderfall, sondern als ordentliches Mitglied mit Rechten und Pflichten, ohne das Risiko zu laufen, im Schmelziegel Europas als Nation im Laufe der Zeit auseinanderzufallen und schliesslich unterzugehen. Wir haben daher das Recht und die Pflicht, alles zu versuchen, die Entwicklung der Europa-Idee in dieser Richtung zu beeinflussen.

Schweiz muss verhandeln

Ich habe von einem Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren gesprochen. Vielleicht bin ich zu pessimistisch in meiner Annahme, denn gerade in diesen Wochen überstürzen sich die Ereignisse im Osten unseres Kontinents. Vielleicht bin ich zu optimistisch in der Erwartung, die EG werde sich aus ihrem Blockdenken lösen und Europa als Ganzes ins Auge fassen. Neue Töne aus Brüssel lassen mich allerdings hoffen. Wie auch immer, es werden noch einige Jahre vergehen, bis die Schweiz ihren Platz in einem wirtschaftlich integrierten Europa gefunden hat. Gehandelt werden muss aber jetzt; wir können nicht tatenlos Jahre verstreichen lassen. Insbesondere die Wirtschaft drängt, aus guten Gründen, auf Entscheide aus Bern, die ihr Aussicht auf einen erfolgsversprechenden Weg in den europäischen Binnenmarkt geben. Andernfalls wird sich die Abwanderungsbewegung, die heute schon, nicht nur wegen der Europaproblematik, im Gang ist, verstärken, und sie wird irreversibel sein. Die Wohlstandseinbusse könnte dadurch wesentlich grösser ausfallen, als heute angenommen wird.

Die Beschäftigung mit der schweizerischen Europapolitik lässt uns manchmal vergessen, dass wir in unserem eigenen Haus einiges in Ordnung zu bringen haben, um wirklich «europafähig» zu werden, nicht um nicht beitreten zu müssen, sondern um in der Lage zu sein, der Rolle, die wir in Europa politisch und wirtschaftlich spielen möchten und auch könnten, gerecht zu werden.

Veraltete Strukturen

Wie kein anderes europäisches Land hat die Schweiz ihre Strukturen aus dem 19. Jahrhundert erhalten. Von der Geschichte vergessen, haben wir ein übersteigertes Sicherheitsbedürfnis entwickelt, das in krassem Widerspruch zum Geist der Schweiz vor 1848 und 1874 steht (J.R. von Salis). Wir schwanken zwischen massloser Selbstüberhöhung und kleinlichem Selbstzwei-

fel, glauben, bald in «God's own country», bald in einem verwahrlosten Staat zu leben.

Gewiss, die vielzitierte Identitätskrise betrifft eine Minderheit der Schweizer; die Mehrheit fühlt sich nicht ausgesprochen unwohl, und das Vertrauen in die Weisheit unseres Bundesrates ist keineswegs allgemein erschüttert. Was wir in der Schweiz haben, ist eine Krise unserer staatstragenden Elemente, insbesondere von Regierung, Verwaltung und Parlament, aber auch des Parastates der Verbände und – was besonders schwer ins Gewicht fällt – der jüngeren Intelligenz.

Durch die Schweiz gehen heute zwei Gräben, der Röschi-Graben, der sich wegen der Europadiskussion zu vertiefen scheint, und der Graben durch die Generationen. Manchmal hat man den Eindruck, wir leben und denken in ein und demselben Land völlig aneinander vorbei. Dabei stellen Ältere Weichen für eine Zukunft, die sie nicht mehr erleben, sicher aber nicht mitzustalten haben. Das gilt auch für diese Ansprache, für die Sie den falschen Redner gewählt haben.

Die jüngere Generation sieht klarer, dass sich die Welt dramatisch verändert hat und sich weiter verändern wird. Sie ist nicht mehr bereit, den Sonderfall Schweiz zu zelebrieren und sich an Hergebrachtem festzuklammern, denn vieles hat sich überlebt. Die Stärke des jüngeren Bundesstaates lag in der Bereitschaft, sich mit Fremdem auseinanderzusetzen, Neues zu wagen, sich zu erneuern, Herausforderungen anzunehmen und sich dem Lauf der Welt anzupassen. Und heute?

Lange haben wir das Bild einer heilen Schweiz gepflegt, die so heil nie war. Und nun erschrecken wir, wenn uns das Ausland ausgerechnet in unserem Jubiläumsjahr den Spiegel vorhält und das, was wir darin erblicken, uns nicht schmeichelt. Aber dieses Bild ist wahrscheinlich wirklichkeitsnäher als unsere Selbstdarstellung.

Grund- und Wohneigentum, das ja ein wesentliches und sehr konkretes Element ist, um tatsächlich ein Stück

weit frei und unabhängig zu sein, besitzen von der schweizerischen Gesamtbevölkerung nur 30 Prozent, und man geht sicher nicht fehl in der Annahme, dass dabei die älteren Generationen wesentlich stärker vertreten sind als die jüngeren. Diese können, von Ausnahmen abgesehen, durch Arbeitsleistung kein Wohneigentum mehr erwerben. Das ist die Folge eines übersteigerten Zwangssparens im Bereich der Altersvorsorge, einer vollkommen verfehlten Bodenpolitik, welche den Markt zum Erliegen gebracht hat, und eines Mietrechtes, das den Wohnungsbau behindert.

Das Beispiel ist leider typisch für viele wirtschaftspolitische Fehlleistungen in unserem Land. Zu oft wird aus der Hüfte geschossen, ohne Blick auf das Ganze punktuell eingegriffen, aus Popularitätshascherei Symptombekämpfung betrieben, und das alles entfernt uns immer mehr von einer Ordnung, die den Namen Marktwirtschaft verdient.

Dazu kommt die Einengung unserer persönlichen Freiheit. Viele, nicht nur die Jüngeren, fühlen sich bevormundet. Behörden massen sich das Recht an, uns Verhaltensweisen bis ins Einzelne vorzuschreiben. Eigenverantwortung des Bürgers, Spontanität und Lebensfreude sind wenig gefragt, Eigeninitiative und Risikobereitschaft werden schlecht belohnt, «Pursuit of happiness» wird von unseren Behörden nicht als Aufgabe betrachtet.

Zum Teil sind diese Fehlentwicklungen auf unser politisches System zurückzuführen, das Konflikte nicht austrägt, sondern die Konkordanz zum Ritual erhoben hat. Die jüngste Finanzvorlage hat wieder einmal deutlich gemacht, wie schwierig es in der Schweiz ist, das Notwendige vom Wünschbaren zu unterscheiden und wie schwer wir uns tun, dem Notwendigen den absoluten Vorrang zu geben. Ich meine, um etwas deutlicher zu werden, dass eine Reduktion der direkten Bundessteuer durchaus wünschbar, die Einführung der Mehrwertsteuer aber notwendig und dringlich ist.

Der konstruktiven Austragung von Konflikten dienlicher schiene mir die Abkehr von der Zauberformel, nachdem Berührungs punkte zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie in wichtigen Fragen kaum mehr auszumachen sind. Die Einigkeit im Bundesrat wäre damit zwar noch nicht gewährleistet – das ist auch nicht unbedingt anzustreben –, aber die Verantwortung und die Fronten würden damit klarer. Ich glaube auch, dass das Kollegialsystem in seiner heutigen Form überholt ist und wir einen Bundespräsidenten brauchen, dessen Funktion über den Vorsitz in den Bundesratssitzungen und die Ausübung bestimmter Repräsentationspflichten während eines einzigen Jahres hinausgeht.

Eine Oligarchie der Stimmenden und Wählenden, als die unsere halbdirekte Demokratie mit chronisch tiefer Stimmabteilung ehrlicherweise angesprochen werden müsste, verkommt leicht. Wenn heute der Vorwurf laut wird, die Schweiz sei eine Verbands-Demokratie, d.h., dass nur wohlorganisierte Interessen sich durchsetzen, so kann er leider nicht ohne weiteres von der Hand gewiesen werden.

Ich sähe den Vorort gerne als Hüter liberalen Gedankengutes und Verteidiger einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Aber, wie in der schweizerischen Politik, ist offenbar auch hier der Konsens unvermeidlich. Protektionistische und kartellistische Denkweisen fließen in die Entscheidungsfindung ein, und der Konsens erfolgt gelegentlich auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner.

Wenn ich von Liberalismus und Marktwirtschaft spreche, so plädiere ich selbstverständlich nicht für ein «laissez faire», für einen Nachtwächterstaat manchesterlicher Prägung, sondern für einen Staat, der die Aufgabe hat, «jedes Mitglied soweit möglich vor Ungerechtigkeit oder Unterdrückung durch einen Mitbürger in Schutz zu nehmen». Freiheit und Gerechtigkeit sind die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen effizienter Marktwirtschaft.

Unberechenbare Wirtschaftspolitik

Die Ordnungspolitik war einst eine der Stärken der Schweiz. Mittlerweile sind wir von anderen Ländern nicht nur eingeholt, sondern überholt worden. Unsere staatliche Wirtschaftspolitik ist unberechenbar geworden. Punktuelle Eingriffe sind Trumpf. Die bürokratischen Belastungen der Wirtschaft und des Bürgers im Bau-, Sozial- und Umweltbereich nehmen zu. Die Eigentumsgarantie ist in einem Erosionsprozess begriffen. Die Behörden führen uns am Gängelband; sie glauben, besser zu wissen als wir, was für uns gut ist. Der zunehmende Interventionismus führt zu einer Aufblähung unproduktiver Staatsausgaben, belastet den Steuerzahler und beeinträchtigt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft. Die Folgen sind in der erwähnten Abwanderungstendenz von Banken und Industrie bereits sichtbar.

Es ist erstaunlich, dass sich nur wenige gegen diesen Freiheitsentzug und den Zerfall der marktwirtschaftlichen Ordnung auflehnen. Selbst die bürgerliche Mehrheit im eidgenössischen Parlament, einige Einzelkämpfer ausgenommen, lässt systemwidrige Eingriffe am laufenden Band zu oder segnet sie sogar ab. Seit der durch die Kopp-Affäre ausgelösten Staatsmalaise ist die Lethargie der bürgerlichen Parteien noch offenkundiger geworden. Sie befinden sich auf allen wichtigen Fronten in der Defensive und benehmen sich, wie wenn sie alle in unserem Land vorgekommenen Fehler und Ungeschicklichkeiten selbst zu verantworten hätten.

Zwar lässt sich nicht bestreiten, dass Kraft und Fähigkeit zu einer Veränderung vorhanden wären, aber ob in der festgestellten Wohlstandsträgheit Wirtschaftsreformen sich politisch umsetzen lassen, wird da und dort bezweifelt. Es braucht dazu einen Druck von außen; das wäre dann in der Tat ein zwingender Grund, einen EWR-Vertrag zu akzeptieren, auch wenn er uns alles andere als zufriedenstellend erscheint,

oder – noch besser – das Gesuch um Beitritt zur EG möglichst rasch einzureichen.

Es wäre mir aus tiefstem Herzen zuwider, wenn die Zweifler recht hätten, wenn wir in Umkehr der früheren Parole beitreten müssten, um beitreffsfähig zu werden. Eine schwache Schweiz wird weder durch einen Alleingang noch durch einen EG-Beitritt eine starke Schweiz. Die Modernisierung unseres Staatswesens und die Reform unserer Wirtschaftspolitik müssen wir schon selbst an die Hand nehmen und durchführen.

Ich setze meine Hoffnung auf die jetzigen Vertreter der jüngeren Generation in Politik und Wirtschaft, die aufbruchwillig und aufbruchsfähig sind und die, einmal an den Schaltstellen unseres Landes, dafür sorgen werden, dass die Schweiz sich hoherhobenen Hauptes mit den anderen europäischen Nationen in einer Gemeinschaft zusammenfinden kann.

JR ■

Abonnementsbestellung für die mittex

Inland: Fr. 76.– pro Jahr

Ausland: Fr. 88.– pro Jahr

Name/Firma:

Adresse:

Ort:

Unterschrift:

Bitte ausschneiden und einsenden an
SVT
mittex-Abonnement
Wasserwerkstrasse 119
8037 Zürich

Marktsituation in der Baumwollweberei

Am Vorabend der Herbst-Interstoff 1991 stellt sich die Lage der deutschen Baumwollweber weit weniger positiv dar als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Beim Vergleich der Branchen-Gesamtstatistik der ersten acht Monate mit dem gleichen Vorjahreszeitraum zeigen sich deutliche Einbrüche bei der Gewebeproduktion, desgleichen erhöhten sich die Lagerbestände.

Betrachtet man die m²-Produktion im Bereich der Bekleidungsgewebe, der in bezug auf das Angebot auf der Interstoff von Wichtigkeit ist, so stellt sich die Situation im Vergleich der ersten acht Monate der letzten drei Jahre wie folgt dar:

| | Produktion in 1000 m ² Januar–August | Veränderungen gegenüber Vorjahr | Januar–August | |
|------|---|---------------------------------------|---------------|------|
| | | | 1989 | 1990 |
| 1989 | 277,7 | | | |
| 1990 | 282,4 | +1,7 | | |
| 1991 | 258,9 | -8,3 | | |

Diese Zahlen enthalten die Stoffe für DOB, HAKA und Berufsbekleidung, dazu Baumwollschuss-Samt, Hemden- und Leibwäschestoffe sowie sonstige Gewebe für Bekleidung.

Bei näherer Analyse der Statistiken lässt sich feststellen, dass besonders negative Entwicklungen bei Stoffen aus Baumwolle im Sektor DOB, HAKA und Berufsbekleidung (-14%), bei Stoffen aus Zellulosefasern (-33%), desgleichen bei Hemden- und Leibwäschestoffen (-19%) zu verzeichnen waren. Stoffe aus synthetischen Fasern erzielten dagegen ein Plus von 15%.

Die Unterschiede bei den einzelnen Fasern spiegeln die im Augenblick nicht besonders gute Marktposition der Baumwolle wider und ein Zurück-schrauben auf Normalmass der in den letzten Jahren besonders starken Konjunktur für Viskosematerial.

In der Industrie ist man aber überzeugt, dass es sich bei der jetzigen schlechten Absatzlage nicht nur um eine Folge des normalen Auf und Ab der modischen Entwicklung handelt, sondern um die Auswirkungen grund-sätzlicher Veränderungen der Absatz-situation.

Die Einführen von Fertigerzeugnissen aus Baumwolle und Baumwollmischgeweben sind 1990 und 1991 sprunghaft angestiegen. An die Stelle von passiven Veredelungsverkehren (d.h. deutsche Gewebe werden im Ausland konfektioniert) treten zunehmend Vollimporte (d.h. das Weben und die Konfektion erfolgen im Ausland). Auch Preisdumping nimmt immer grössere Ausmasse an. Dazu kommt, dass die Einkäufer des Handels mit allen Mitteln nach immer noch billigeren Quellen suchen, wobei allerdings häufig auch die Qualität auf der Strecke bleibt.

| Baumwoll-Weberei-Umsätze | Januar–August | | |
|----------------------------|---------------|--------|--------|
| | 1989 | 1990 | 1991 |
| | Mio. DM | | |
| HAKA+DOB-Gewebe | 969,7 | 968,7 | 924,9 |
| Bekleidungssamt (Cord) | 47,5 | 64,6 | 66,0 |
| Hemden-, Blusen-Gewebe | 241,8 | 256,3 | 215,7 |
| Sonstige Bekleidungsgewebe | 55,1 | 46,1 | 56,5 |
| | 1314,1 | 1335,7 | 1263,1 |
| | | +1,6% | -5,4 |